

# Geschichte und Struktur der deutschen Sozialgesetzgebung

Quellen: Schmidt, Sozialpolitik in Deutschland, 21-174; RGG<sup>4</sup>; Dargel PPP: Diakonie im Rahmen der freien Wohlfahrtspflege in D.

## 1. Entstehung der Sozialgesetzgebung im Deutschen Reich (1881-1918)

Die Sozialgesetzgebung war ein Versuch des deutschen Reichskanzlers **Bismarck** auf die – im Zuge der Industrialisierung entstandene – soziale Not der Arbeiterschaft zu reagieren, um so die **Macht der Monarchie gegenüber der SPD** zu stärken. 1883 wurde die **Krankenversicherung** für Arbeiter eingeführt, 1884 die **Unfallversicherung**. Die Beiträge wurden anfangs zu 1/3 vom Arbeitgeber und zu 2/3 vom Arbeitnehmer bezahlt. Bei der 1889 eingeführten **Invaliditäts- und Altersversicherung** standen die Einzahlungen im Verhältnis 50:50. Versicherungsträger waren öffentlich-rechtliche Körperschaften, die nach dem Prinzip der Selbstverwaltung existierten. Sie bestanden aus Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber, die ihre Posten ehrenamtlich und unter staatlicher Aufsicht bezogen.

Mit der Errichtung dieser Institutionen war Deutschland weltweit Vorreiter beim Aufbau eines staatlichen Sozialsystems. Bismarck gab diese Politik aber auf, als sich das Proletariat nicht von der SPD entfremden ließ. Eine ständische Gliederung blieb bestehen, als 1911 die Angestelltenversicherung eingeführt wurde. Angestellte erhielten ab dem 65. Lebensjahr eine Altersrente und ihre Witwen unabhängig vom Alter 40% dessen.

## 2. Entwicklung in der Weimarer Republik und im NS-Staat (1918-1945)

Während der deutschen Konjunkturkrise und Geldentwertung 1921-1923 waren die Rentenkassen leer und der Sozialstaat bedroht. Der Aufschwung ab 1924 sorgte jedoch für mehr Mitglieder und verbesserte Bedingungen für Rentner. 1927 wurde die reichsweite **Arbeitslosenversicherung** eingeführt. 1936 entstanden die **privaten Krankenkassen**, da die Ersatzkassen keine freiwillig Versicherten aufnehmen durften.

## 3. Ausbau des Sozialstaates in der Bundesrepublik Deutschland (1945-2004)

Nach 1945 wurden vom Staat Soforthilfen für Kriegsoffer und zum Wohnungsbau gewährleistet. 1957 folgte die **erste Rentenreform**, die auf dem Generationenvertrag und der Dynamisierung (Anpassung an die Bruttolöhne) beruhte. Nach der **Lohnfortzahlung im Krankheitsfall** wurden 1969 die Ausbildungsförderung; 1975 das Kindergeld; 1980 der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende und 1986 das Erziehungsgeld eingeführt. 1992 wurde die Rentenversicherung nach den Nettolöhnen geregelt und 2004 die private Vorsorge durch die Riester-Rente gestärkt. Im Gesundheitswesen wurde 1995 die **Pflegeversicherung** eingeführt und ein Jahr später die Öffnung aller Krankenkassen beschlossen.

## 4. Das Sozialstaatsprinzip: Solidarität & Subsidiarität

Im GG Art. 20 und 28 verpflichtet sich der Staat dem Sozialstaatsprinzip, welches auf dem **Solidaritätsprinzip** beruht. Damit haben Hilfsbedürftige Rechtsansprüche auf soziale Unterstützung.

Für das Sozialrecht gilt das **Prinzip der Subsidiarität**: Eigenleistung und Selbstbestimmung des Individuums sowie der Gemeinschaften (Wohlfahrtsverbände) sind zu fördern. Das bedeutet für die Wohlfahrtsverbände zum einen vorrangiges, eigenständiges Handeln, das im Bedarfsfall die Unterstützung von staatlicher Seite erhält, zum anderen die Unterscheidung zwischen Rechtsträger und Kostenträger.

## 5. Struktur des Sozialrechtes

Im Sozialgesetzbuch (SGB) sind alle Gesetze des deutschen Sozialrechtes beschrieben. Die Konzeption dieses Gesetzeswerkes begann 1969.

Das SGB regelt die Sozialversicherungen und listet die Leistungen staatlicher Fürsorge auf. Es gliedert sich in **zwölf Bücher**, die in sich fortlaufend nummeriert sind. Diese gelten als je eigenständige Gesetze.

Das Sozialrecht ist Teil des öffentlichen Rechts (Verwaltungsrecht) und gliedert sich folgendermaßen:

<b>Versicherungsprinzip / Vorsorge,</b> d.h. Absicherung gegen soziale Risiken	<b>Fürsorgeprinzip / Ausgleich,</b> d.h. Kompensation von Defiziten	<b>Versorgungsprinzip / Entschädigung,</b> d.h. Aufopferung für die Allgemeinheit
Die 5 Säulen: Kranken-(1883), Unfall-(1884), Rentenversicherung (1889), Arbeitslosenversicherung (1927), Pflegeversicherung (1995)	Sozialhilfe Jugendhilfe Wohngeld Kindergeld	Entschädigung für Gewaltopfer Kriegsopferversorgung Entschädigung bei Gesundheitsschäden Lastenausgleich (Vertriebene)
die Beamtenversorgung	Ausbildungsförderung	